

## Protokoll Runder Tisch NU Lage 27.05.2024

### **1. Organisatorisches**

- Ankündigung nächster Runder Tisch: 03. Juli 2024, 17- 19 Uhr (Mittwoch)

### **2. Bericht Einrichtungsleitung**

- Belegungsstand 234 Personen, 28 Nationen, Altersschnitt: 26 Jahre
- Beschäftigungsmöglichkeiten: Neue Hochbeete, Gartenarbeit, Gemüse- und Kräuteraanbau, Frauencafé ist fertig, Terrasse wird noch fertiggestellt, Spielplatz in Planung (Vergabeverfahren dauert an), Kleiderkammer ab KW 25, Deutschkurse wurden erweitert (2x Woche 1,5h durch Pädagogen), 1x Woche kreative Malkurse, Friseurstube ist umgezogen in den Neubau, Außerhalb der Einrichtung: Nähstube und Fahrradwerkstatt

### **3. Bericht des Betreuungsdienstleiters**

- Besuch von Veranstaltungen außerhalb der Einrichtung, betreuter Ausflug zur Freibaderöffnung, Kooperation mit dem Freibad (Bewohner helfen mit, Informationsfluss verbessert), Müllsammelaktionen regelmäßig am Wochenende, bei Bedarf auch unter der Woche

### **4. Anfragen von Anwohnern**

#### **a) Anfrage vom letzten Runden Tisch**

- Versicherungsschutz von Ehrenamtlern: Unfallschutz ist gegeben, Flyer von der Staatskanzlei ist dem Protokoll als Anlage beigelegt
- Haftpflichtversicherungsschutz ist über den Betreuungsdienst (Malteser) für Ehrenamtler gegeben

#### **b) Anfragen zum 27.05.**

##### **aa)**

„Frage an die Bezirksregierung und die Stadt Lage : Warum werden Anfragen aus der Bevölkerung ,z.B. nach FRAG DEN STAAT nicht innerhalb der Fristen beantwortet ? Dieses führt zu erheblichem Vertrauensverlust , ist nicht bürgernah und nicht rechtskonform“

- Anfragen über Frag-den-Staat werden genauso behandelt, wie direkte Anfragen, z. B. im Hinblick auf Fristen
- Anfragen über das Portal Frag-den-Staat löst keine gesonderten Fristen aus; die hohe Arbeitsauslastung des Dezernats kann dazu führen, dass Fristen nicht eingehalten werden können
- Herr Bürgermeister Kalkreuter: alle Anfragen über das genannte Portal sind beantwortet (bis auf eine elf Jahre alte Anfrage zur Breitbandanbindung der Schulen)

**bb)**

„Frage an die Bezirksregierung. Betrifft den Umgang der Schutzsuchenden mit Alkohol . Innerhalb der Einrichtung . Finden Personen Kontrollen an Eingängen und Ausgängen mit Taschenkontrollen statt ? Werden bei auffälligen Personen Zimmer kontrolliert ? Wie kann es sein das Bewohner des Hauses betrunken zur Bedrohung werden , bei effektiver Kontrolle ? Werden diesbezüglich die Verantwortlichen des Sicherheitsdienstes und der Malteser überprüft ? Wie kann es sein ,dass die Schutzsuchenden schon stark alkoholisiert aus der Einrichtung kommen ? Und sich ungehindert auf den Weg ins Dorf machen ?“

Ergänzung vom 24.05.24:

„An der Fragestellung Ziffer bb) der TO ist zu erkennen, dass insbesondere die gesetzeskonformen Rahmenbedingungen nicht allen klar sind. Es sollte daher strukturiert dargestellt werden, welche Möglichkeiten bei Missbrauch von Alkohol und Drogen gegeben sind und woraus sich das ergibt, sowie für welche Vorgehensweise und mit welcher Begründung man sich entschieden hat“

- Eingangskontrollen finden statt, Taschen(sicht)-kontrolle erfolgt ebenfalls, bei Verdacht wird der Bewohner gebeten, die Tasche weiter zu öffnen; wenn Alkohol o.ä. gefunden wird, wird dieser konfisziert
- Es findet keine Ausgangskontrolle statt, aber Ein- und Ausstempeln durch die Bewohner
- Bei alkoholisiertem Personen: Der Eingang wird gewährt, Sicherheit- und Betreuung begleiten alkoholisierte Personen aufs Zimmer (Vermeidung Obdachlosigkeit)
- Sicherheitsdienst kann auf alkoholisierte Bewohner, die die Einrichtung verlassen wollen, verbal einwirken; Festhalten ist aus strafrechtlichen Gründen nicht möglich; es gibt kein Alkoholverbot außerhalb der Einrichtung
- Ergänzung Herr Becker (KPB Lippe) zum Drogenkonsum: kommt lippeweit vor, kein expliziter Bezug zur Einrichtung, Cannabiskonsum seit 01.04.24 legalisiert, keine Auffälligkeiten
- Sanktionen Alkohol in der Einrichtung: Ansprache durch die Einrichtungsleitung, Abmahnung, ggf. partielles Hausverbot (Erklärung: Bewohner darf sich nur zur Übernachtung in der Einrichtung aufhalten), Verlegung (Einzelfallentscheidung; bei Hoffnung auf Verbesserung der Situation durch Ortswechsel), bei Straftaten im Zusammenhang: Einschaltung Polizei, Zusammenarbeit mit dem Betreuungsdienst (insb. Sanitätsstation) bei auffälligem Alkoholkonsum/Suchtproblematik, Zusammenarbeit mit Ärzten
  - ➔ Klarstellung: Das Hausverbot stellt keinen Automatismus dar; es ist eine Maßnahme unter mehreren Maßnahmen, hängt immer vom Einzelfall ab; nicht jeder Alkoholkonsument erhält automatisch ein Hausverbot
- Herr Becker: jeder Stadtteil von Lage hat mit Einsätzen wegen Alkoholkonsum zu kämpfen

- In dem Zusammenhang wird die Wiederaufnahme eines Berichts der Polizei beim nächsten runden Tisch gewünscht; Herr Becker wird die Zahlen für Mai und Juni 2024 beim nächsten Runden Tisch nachreichen
- Nachfrage zu den Einsätzen der Feuerwehr und des Krankenwagens: Was waren die Gründe?
  - o Einmal Fehlalarm Brandmeldeanlage (Kind hat einen Handmelder betätigt)
  - o einmal Rauchen auf dem Zimmer
  - o einmal Polizeieinsatz wegen „unzufriedenem Bewohner“, der mehr medizinische Hilfe eingefordert hat, nach Überprüfung durch einen Arzt bei der Polizei wurde er wieder entlassen
- Nachfrage: Kommunikation von Einsätzen
- Frau Thiele: Bericht nur bei relevanten (Groß-)Einsätzen, nicht für jeden Einsatz
- Ergänzung von Herrn Becker: Information durch Pressestellen von Polizei (Presseportal, WhatsApp-Kanal, Instagram-Channel der Polizei informiert zeitnah bei Relevanz), bei Gefahr für die allgemeine Bevölkerung erfolgt Benachrichtigung über NINA, etc.
- Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr: BMA ist gekoppelt mit der Feuerwehr, direkte Aufschaltung, Feuerwehr muss ausrücken, Protokolle müssen eingehalten werden, es geht um die Sicherung von Menschenleben, gleiches Phänomen wie bei Schulen, Industriegebieten, etc.; auch dort führen Fehlalarme zum Ausrücken der (freiwilligen) Feuerwehr
- Mitarbeiter Betreuung/Sicherheit müssen verschiedene Unterlagen (u.a. Führungszeugnis) einreichen und der Einsatz in der Notunterkunft wird durch die Bezirksregierung freigegeben
- Unangekündigte Kontrollen werden durch das mobile Kontrollteam der Bezirksregierung in allen Einrichtungen des Regierungsbezirks durchgeführt. Sie finden zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten sowie Wochenenden statt. Fester Fragenkatalog zur Kontrolle. Mobiles Kontrollteam berichtet im Anschluss an zuständige Dezernenten (in Lage ist dies Frau Thiele)

cc)

„Warum und seit wann werden auffällige Personen aus der Einrichtung ( die sich nicht an Regeln und Gesetze gehalten haben ) einfach so wieder in das HHH zurück geschickt ? Seitens der Bezirksregierung hatte man uns Bürgern etwas Anderes versprochen . Die Polizei braucht ziemlich lange um vor Ort zu sein . Durch diese neue Handhabung erhöht sich das Unsicherheitsgefühl erheblich .“

Ergänzung vom 24.05.24:

„Gleiches gilt für Fragestellung cc) ihrer TO: Welche faktischen und rechtlichen Möglichkeiten gibt es, auffällig gewordene Asylsuchende in eine andere Einrichtung zu überstellen? Da es in der Natur der Sache liegt, dass keine Einrichtung solche Personen aufnehmen möchte – welche Regeln gelten zwischen den Einrichtungen? Wer bestimmt nach welchen Richtlinien die tatsächliche Vorgehensweise?“

(1) Rückkehr Störer:

- Frau Thiele: Straffälliger Störer, der nicht in U- oder Strafhaft genommen wird, kommt i.d.R. erstmal in die Ursprungseinrichtung zurück, Störerverlegung ist Einzelfallentscheidung, wenn das „Problem“ nicht mit einem Einrichtungswechsel behoben werden kann, macht die Verlegung keinen Sinn
- Bei Verlegung: Einrichtungsleitungen tauschen sich untereinander aus, ggf. Kontakt zur polizeilichen Verbindungsstelle, ggf. bezirksübergreifende Verlegung, diese muss allerdings über die BR Arnberg erfolgen; Verlegung erfolgt aber auch in die NU Lage, da es ein auf Gegenseitigkeit beruhendes System ist

(2) Anfahrtszeit Polizei:

- Herr Becker: Polizei arbeitet nach Priorität, Anfahrtszeit entsprechend, im Notfall ist die Polizei unter 10 Minuten vor Ort.

dd)

„Da die Eröffnung des Freibades unmittelbar bevor steht , folgende Frage : müssen die Bewohner der Einrichtung den Eintritt selbst bezahlen ?

Oder gibt es Freikarten ? Wenn ja , wie viele solcher Karten gibt es ? Und wenn ja , gibt es dann auch welche für Bedürftige aus dem Ort ?“

- Herr Bürgermeister Kalkreuter: Freibad ist seit Sa. (25.05.24) geöffnet (13-19h), Entgeltordnung Dezember 2022 gilt für alle, Sozialtarif vorhanden (2,30 € Erwachsene, 1,50 € Kinder, für jeden Bedürftigen bei Vorlage von entsprechendem Nachweis)

ee)

„Frage an die Bezirksregierung : Sind folgende Zahlen korrekt – Quelle RP Arnberg , Stand 12.5.2024 ? Wenn ja , kann die Stadt Lage dies bestätigen ? Und dann wüssten wir gerne ,welche Ortsteile haben welche Zuweisungen nach Alter , Herkunftsland , Geschlecht und bisheriger Aufenthaltsdauer .“

Herr Bürgermeister Kalkreuter:

- Bei der Frage zu den Zahlen ist unterstellt worden, dass die FlüAG-Statistik der BR Arnberg zum 10.05. oder 17.05. gemeint ist
- Seit Beginn des Ukraine-Krieges weist die Stadt Lage eine Erfüllungsquote von über 100 % auf
- Von den 592 aufgeführten Personen haben 573 die ukrainische Staatsangehörigkeit; die weiteren Personen haben unterschiedliche Herkunftsnationen
- Im Ortsteil Hörste wohnen 44 Personen von der FlüAG-Liste. Das Verhältnis zur Gesamtzahl entspricht mit 7,4 % in etwa dem Anteil von Hörste zur Gesamtbevölkerung von Lage
- In den städtischen Liegenschaften sind Personen wie folgt untergebracht:

- Lage-Kernstadt (Bredestraße): 70 Personen + 20 angemietete Wohnungen
  - Hagen (ehem. Gemeindehaus): 16 Personen
  - Heiden (Modulbauten): 15 Personen
  - Hörste (Modulbauten): 13 Personen
  - Kachtenhausen/Ohrsen (Modulbauten): 21 Personen
- Plätze in der NU Lage werden auf den Schlüssel für die Stadt Lage angerechnet; Ukrainekrieg als Grund für hohe Quote in Lage (und auch Detmold); da Zuzug zu bekannten Personen, Bezug zu freikirchliche Kirchengemeinschaften

### **c) Sonstige Anfragen/Infos**

#### aa) Beschäftigungen für Bewohner

- Sportangebote, z.B. Bürgerpark Lage, werden gut genutzt, mit dem RSV Hörste gibt es Gespräche über eine Kooperation, Freibad wird genutzt, Angebot vom TUS Ehrentrup für Mitnutzung von Tennisplätzen liegt vor, Yoga-Gruppe im Haus, sportliche Betätigung im Garten (z.B. Federball), weitere Möglichkeiten in Planung, Haus im Wald ist nicht Bestandteil des Mietvertrags

#### bb) Sommerfest

- Anmeldungen nach Einladung (begrenzter Platz, Brandschutz)
- Ist kein Tag der offenen Tür, sondern Tag der Begegnung für direkte Anwohnerschaft

#### cc) Anfrage zum Brandschutzkonzept seitens eines Teilnehmers des Runden Tisches

- eine ad-hoc Antwort konnte nicht erfolgen

#### dd) Nachfrage Jahresplan für die Termine für den Runden Tisch?

- Beim Runden Tisch wird der Termin für den nächsten Runden Tisch mitgeteilt

#### ee) Flyer „Runder Tisch“

- Wurde zur Kenntnis herumgereicht

**gez. Ann-Christin Thiele, 11.06.24**

**Einrichtungsdezernentin Dez. 20**

**Bezirksregierung Detmold**